

Bündnis-Zukunft D-30451 Hannover Leinaustr.3

## Deutscher Bundestag

- Postverteiler -

**An alle Mitgl. des Dt. Bundestages  
Platz der Republik 1**

**D-11011 Berlin**

## Bundesgeschäftsstelle

Thomas Bauer  
(1. Vors. und Schriftführer)  
D-30451 Hannover  
Leinaustr. 3

[thomasbauer@buendnis-zukunft.de](mailto:thomasbauer@buendnis-zukunft.de)

[www.buendnis-zukunft.de](http://www.buendnis-zukunft.de)

### - Offener Brief -

Hannover, 16. September 2006

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch wenn eine Mehrheit in der Bevölkerung gegen einen deutschen Militäreinsatz im Libanon und im Nahen Osten ist, sollen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, „auf Grund der größer gewordenen Verantwortung Deutschlands in der Welt“ einem UN-Mandat für einen weiteren Kriegseinsatz zustimmen, der sich leicht in einen großen Krieg verwandeln kann.

Wir fordern Sie als nur ihrem Gewissen verpflichtete Abgeordnete darum auf, nur noch humanitären Hilfsleistungen Ihre Zustimmung zu geben.

Die Aussagen des israelischen Ministers Edery, „es bleibt nur eine militärische Lösung“ und „Präsident Bush müsse seine Arbeit zu Ende führen“ zeigen die wirklichen Gründe für die militärischen Absichten in dieser Region. Zusammen mit der Ankündigung des US-Botschafters Bolton „wenn der UN-Sicherheitsrat sich nicht zu drastischen Sanktionen entschließen könne, dann würden die USA eine Allianz gegen den Iran ohne die UN schließen und anführen und die Erklärung von US-Kriegsminister Rumsfeld „ohne weiteres zu Afghanistan und Irak einen dritten Krieg führen zu können“, deuten auf einen beabsichtigten Krieg gegen den Iran hin, der in keiner Weise unterstützt werden darf.

Die Stationierung und Einbindung deutscher Militärverbände im Nahen Osten muss darum als Versuch gesehen werden, Deutschland dort zur Kriegspartei zu machen und zu einer weiteren verhängnisvollen Fehlentscheidung ohne Rückkehrperspektive zu verleiten.

Es ist auch an der Zeit nach den Ergebnissen der milliardenteuren militärischen „Befriedungsaktionen“ anderswo zu fragen. Alle diese Versuche ungelöste politische Fragen militärisch zu bewältigen sind bisher gescheitert, weil Kriegsterror gegen unbeteiligte Zivilisten auch immer neuen Gegenterror hervorruft.

Sie, als gewählte Volksvertreter tragen darum die Verantwortung dafür, weitere Militäreinsätze als untaugliche Mittel abzulehnen und sich stattdessen für eine zivile Krisenprävention einzusetzen.

Deutschlands größer gewordene Verantwortung in der Welt heißt „Frieden schaffen ohne Waffen“!

**Bündnis für die Zukunft**  
Der Bundesvorstand